

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anstalts- und die Annoncenstellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 65.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Goldmarken, aus anderen Gegenden 25 Goldmarken, Restante-Anzeigen 30 Goldmarken, amtliche Zeile 20 Goldmarken.

Telegramme: Aueblatt Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 266

Sonntag, den 15. November 1925

20. Jahrgang

Hindenburg für Locarno.

Der Besuch bei der hessischen Staatsregierung und in Frankfurt am Main.

Darmstadt, 13. Nov. Die Stadt hatte sich während der Nacht in winterliches Gewand gehüllt, das aber schon in den frühen Morgenstunden einem zähen, unangenehmen Grau zu weichen begann. Trotzdem belebte sich der Verkehr in den Straßen bald, und die Menschenmenge harrete tapfer an den Punkten aus, die der Reichspräsident auf seiner Rundfahrt berühren würde. Vor dieser stattete der Reichspräsident, wiederum begleitet von Staatssekretär Dr. Meißner und seinem persönlichen Adjutanten Major v. Hindenburg, der hessischen Regierung im Staatsministerium einen Besuch ab, wo gleichzeitig ein Empfang einer Abordnung aus dem hessischen Gebiet stattfand. Von 10.15 bis 10.45 Uhr unternahm der Reichspräsident eine ausgedehnte Rundfahrt, die ihn durch die architektonisch besonders sehenswerten Teile der Stadt führte, überall freudig begrüßt von der die Straßen dicht besetzt haltenden Menge.

Im Alten Palais hatten sich inzwischen das Gesamtministerium, der Landtag, die Stadtverwaltung, Abordnungen der Stadtverordnetenversammlung, die Spitzen der Reichsbehörden, die Vertreter von Kunst und Wissenschaft, der Wirtschaft, der Arbeitnehmerorganisationen und der Presse eingefunden. Staatspräsident Ulrich begrüßte den Reichspräsidenten im Namen der Regierung mit folgenden Worten:

Herr Reichspräsident!

Im Namen der Regierung des Volksstaates Hessen heiße ich Sie herzlich willkommen in Darmstadt. Ihr Besuch gereicht uns in gleicher Weise zur Ehre wie der Besuch des ersten Präsidenten des Reiches. Er gibt uns Gelegenheit, Ihnen durch die berufensten Vertreter der Wirtschaft, Verwaltung und Politik die Schmerzen und Nöte der Bevölkerung vorzutragen zu lassen und deren Wünsche und Hoffnungen zu Ihrer Kenntnis zu bringen.

Unser Land leidet unter der Besetzung durch die Alliierten erheblich. Mehr als ein Viertel der Gesamtfläche ist besetzt und mehr als ein Drittel der Bevölkerung erträgt die Besetzung. Die wirtschaftliche und steuerliche Leistungsfähigkeit im besetzten Gebiet ist weit über den allgemeinen Rückgang hinaus zurückgegangen. Unser sehnlichster Wunsch geht deshalb dahin, dieser Bevölkerung sobald als möglich Erleichterungen der fürchterlichen Lasten zu bringen. Die Verhandlungen in der Richtung der Verständigung in Locarno haben die Hoffnungen der Volksgenossen der besetzten Gebiete in dieser Richtung ganz besonders erweckt. Diese sowohl als auch die Regierung sind der Reichsregierung für ihre Bemühungen in Locarno dankbar und hoffen bestimmt, daß sich dieselben alsbald derart auswirken, daß wir deutlich Verbesserungen wahrzunehmen imstande sind, zumal gerade Hessen am längsten, 15 Jahre lang, die Besetzung zu tragen hat. Die unerschütterliche deutsche Haltung unserer Rheinhesen hat schon in den verflochtenen Jahren trotz aller Not und Anfechtung den Beweis dafür erbracht, daß nichts, aber auch absolut gar nichts, imstande ist, ihre Treue zum deutschen Volk und zur deutschen Republik wankend zu machen. Sie werden auch in der Zukunft in dieser Richtung unwandelbar fest stehen. Die Hessische Regierung wird, was in ihren Kräften liegt, tun, um diesen Geist zu fördern und zu stärken, wie sie es schon bisher als ihre vornehmste Aufgabe angesehen hat, in Gemeinschaft mit der Waffe des Volkes die Verfassung von Weimar zu hegen und zu pflegen und die Einheit des deutschen Volkes als die Grundlage für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu sichern. Möge der Besuch Eurer Excellenz dazu beitragen, die Hoffnungen der Rheinhesen zu befriedigen.

Landtagspräsident Adeling entbot dem Reichspräsidenten Gruß und Willkommen des hessischen Parlamentes. Nachdem auch Oberbürgermeister Kläffling die Grüße und Wünsche der Hauptstadt überbracht hatte, ergriff der Reichspräsident das Wort zu folgender Antwort:

Hochverehrter Herr Staatspräsident, meine Herren! Die freundliche Begrüßung, die Sie, Herr Staatspräsident, wie der Herr Landtagspräsident und der Herr Oberbürgermeister an mich gerichtet haben, erwidere ich mit Gefühlen und Worten herzlichsten Dankes, die ich in gleicher Weise auch der Bevölkerung in Stadt und Land für die mir allenthalben bezugten Willkommengrüße entgegenbringe. Es ist mir ein Bedürfnis gewesen, auf meiner Weise nach Süddeutschland auch Hessen und seine Hauptstadt zu besuchen, um hier Bekanntschaft mit den führenden Persönlichkeiten des Landes anzuknüpfen, mit ihnen Gespräche zu pflegen und die Sorgen und Wünsche kennen zu lernen, die

auf Ihrer Heimat lasten. Ich weiß, daß diese Ihre Sorgen schwer und ernst sind. Ist doch Hessen das Land, das von allen deutschen Ländern verhältnismäßig am härtesten von der uns auferlegten Besetzung betroffen ist und in besonders schwerem Maße die Last fremder Truppenbesetzung und Einquartierung trägt. Tausende von Wohnungen, viele Tausende von Einzelzimmern, zahlreiche öffentliche Gebäude und Schulen sind für Besatzungszwecke beschlagnahmt, und groß sind die Entbehrungen und Beschränkungen, die aus solchem Zustand der Bürgerhaft in Stadt und Land entstehen müssen. Das Reich hat dieser Notlage stets volles Verständnis entgegengebracht und sich nach Kräften bemüht, Ihrem Lande, insbesondere Rheinhesen, sein schweres Los zu erleichtern. Es hat Wohnbauten für die Besatzung wie für die Bevölkerung errichtet, in Mainz eine neue Schule erbaut und überall geholfen, wo Hilfe am dringendsten war, und wird es auch künftig an hilfsbereiter Mitarbeit nicht fehlen lassen. Wir wollen hoffen, daß die schwersten Zeiten nunmehr überstanden sind, und daß die in Locarno angebahnten Verhandlungen u. a. auch dazu führen mögen, dem besetzten Gebiet und in ihm auch Hessen Befreiung von den schlimmsten Lasten zu verschaffen und die zum Leben notwendige Bewegungsmöglichkeit wiederzugeben. Mit aufrichtigem Dank und stolzer Anerkennung spreche ich es hier aus, daß die Hessen in der Zeit harter Bedrückung und großer Not immer ihr Deutschtum als höchstes Gut erkannt und bewahrt haben, daß sie sich in den Tagen der Sanktions- und Währungs- und während der Unruhen des separatistischen Spats stets als treue Deutsche bewährten und lieber Verbannung und Gefangenschaft auf sich nahmen, als ihrer Pflicht gegen Vaterland und Heimat untreu zu werden. Und ich brauche nur der großen Januarfeier des Jahres 1923 zu gedenken, um daran zu erinnern, daß die gesamte Bevölkerung in all ihren Ständen und Schichten einmütig in der Verteidigung ihrer Rechte als Menschen und Deutsche zusammenstand. Gern nehme ich von Ihnen, Herr Reichspräsident, die Versicherung entgegen, daß die Rheinhesen auch in Zukunft unwandelbar fest in ihrer Treue zum Vaterland beharren werden. Ich wünsche und hoffe, daß der Geist selbstloser Vaterlandsliebe und brüderlichen Zusammenhaltens, der damals in der Zeit der höchsten Not geherrscht hat, uns jetzt und in der Zukunft Beispiel und Wegweiser sein wird. Dann wird auch diesem Lande und uns allen neue Kraft und Stärke und unserm Vaterlande eine lichtere Zukunft beschieden sein!

An die Begrüßungsansprachen schloß sich die Vorstellung der zu dem Empfang geladenen Gäste an. Kurz vor 11 Uhr verließ der Reichspräsident das Alte Palais, um nach einem kleinen Imbiß im Hotel Traube die Weiterfahrt nach Frankfurt a. M. mit dem fahplanmäßigen Zuge um 12.24 Uhr anzutreten. Auf der Rückfahrt vom Palais und auf der Fahrt nach dem Bahnhof war der Reichspräsident immer wieder Gegenstand lebhafter Ovationen.

Der Reichspräsident in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 13. Nov. Schon seit den frühen Morgenstunden steht das Straßenbild der alten Reichsstadt still unter dem Eindruck des Besuches des Reichspräsidenten, obwohl dessen Eintreffen erst für die Mittagsstunde in Aussicht steht. Die starke Bewegung unter der Menge zeigt gegen 1 Uhr an, daß der Zug, der den Reichspräsidenten und seine Begleitung von Darmstadt bringt, schon eingelaufen ist. Nur ein kleiner Empfang ist auf dem Bahnhof selbst vorgesehen. Im Auto wird dann über den Bahnhofspaly und die breite Kaiserstraße die Fahrt nach dem Römer angetreten, während die Kirchenglocken Kluten und ein Flugzeug über der Straße seine Kreise zieht.

Nach einer Vorstellung der Vertreter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden sowie der Arbeiterhaft im Kaiserpalast fand dann im Kurfürstenzimmer ein Frühstück statt, auf dem Oberbürgermeister Landmann dem Reichspräsidenten namens der Stadt Frankfurt herzlich Willkommen sagte. Er warf einen Rückblick auf die große Geschichte Frankfurt, auf ihre Jahrhunderte alte Stellung als deutsches Handelsemporium, als Pfaffenort und Messplatz und wies darauf hin, daß diese Stadt sich nie, gebeugt unter der Last ihrer Vergangenheit, in eine rüchdelnde gewandte Trümmerei eingespinnen habe, sondern im Willensspiel der Zeiten stets jung

(Fortsetzung Seite 2.)

Justiz und Politik.

Von Dr. Rill, M. d. R.

Justiz und Politik — was haben die beiden Dinge miteinander zu schaffen? Das Beste würde sein, wenn man darauf antworten könnte: gar nichts. In Wirklichkeit kann man diese Antwort freilich nicht geben, denn Rechtsprechung und Politik zeigen gerade in politisch bewegten Zeiten die mannigfaltigsten Berührungspunkte.

Die Staatsumwälzung des Jahres 1918 hat die Unparteilichkeit und Unparteilichkeit der deutschen Justiz, wenn man diese als Ganzes betrachtet, nicht berührt. Bewußt sind in der nachrevolutionären Zeit bis auf den heutigen Tag schwere Fehlsprüche nicht ausgeblieben, die auf politischen Motiven oder auf Verkenntnis politischer Zustände beruhten, aber im großen und ganzen darf man doch mit Befriedigung feststellen, daß die deutsche Revolution des Jahres 1918 die Handhabung der Rechtsprechung viel weniger beeinflusst hat als irgendeine frühere Revolution in einem anderen Lande. Bei den meisten Revolutionen lagen die Dinge doch einfach so, daß eine mehr oder weniger lange Zeit hindurch die Funktionen der Rechtsprechung überhaupt ausfielen, und daß rein politische Tribunale anstelle unparteiischer und unabhängiger Gerichte traten. In Deutschland hat sich eine solche Erscheinung niemals gezeigt. Der Rechtsbegriff und die Achtung vor der Justiz liegen so tief, daß selbst in der Revolution sie nicht ausgeschaltet werden konnten. Daß es manchem Richter, der jahrzehntelang im Namen des Königs Recht gesprochen und ein langes Leben hindurch in der Staatsauffassung der Monarchie gewirkt hatte, nicht ganz leicht wurde, nunmehr im Namen des Volkes Recht zu sprechen und sich mit der Republik, als der Grundlage der staatlichen Ordnung, abzufinden, ist menschlich verständlich, aber man darf der Gesamtheit des deutschen Richterstandes die Anerkennung doch nicht verlagern, daß sie sich mit den Notwendigkeiten des neuen Staates bei Handhabung der Rechtsprechung abgefunden hat. Gemiß wird mancher Richter noch nicht mit dem Herzen bei der Deutschen Republik sein, aber der Verstand wird ihm sagen, daß das Wohl der Gesamtheit und das Wohl des Staates von ihm die Einstellung auf die neue Ordnung des staatlichen Lebens verlangen. Alles in allem: die Justiz in ihrer Gesamtheit ist trotz einzelner aus politischer Atmosphäre herausgegebener Verfehlungen und Verkirrungen in Deutschland unversehrt geblieben.

Neuerdings macht sich nun innerhalb der Rechtspflege eine Mißerscheinung bemerkbar, die in ihrer Bedenlichkeit allgemein noch gar nicht erkannt worden ist, und die gerade jetzt in dem sogenannten „Dolchstoßprozeß“ in München ihre schlimmste Verkörperung findet. Es scheint in Deutschland Sitte oder Unsitte werden zu wollen, daß große politische und zeitgeschichtliche Streitfragen im Rahmen eines Gerichtsverfahrens zur Entscheidung gebracht werden. Vom grundsätzlichen und vom praktischen Standpunkte aus ist ein solches Verfahren auf das entschiedenste abzulehnen. Ueber geschichtliche Vorgänge kann niemals ein Jurist als solcher entscheiden, auch niemals ein Gericht, und sei es noch so sorgfältig zusammengesetzt; über die geschichtlichen Vorgänge entscheidet letzten Endes immer wieder die Geschichte selbst. Juristen, Historiker, Politiker, Parlamentarier usw. können ein solches Urteil der Geschichte durch Beschaffung des notwendigen Materials und durch kritische Sichtung und Beleuchtung zwar vorbereiten, aber das Urteil selbst können sie allein niemals fällen, vor allem nicht in einer Zeit, die räumlich den großen Ereignissen noch so nahe steht, um ein unbefangenes Urteil abgeben zu können. Die Geschichte urteilt regelmäßig nur in großen zeitlichen Distanzen.

Es müßte geradezu als großer Unfug bezeichnet werden, wenn das, was sich jetzt in München vollzieht, vor deutschen Richtern sich einbilden sollte. Die Fähigkeiten und die Urteilskraft des deutschen Einzelrichters in allen Ehren, aber dazu ist er nicht berufen, die letzten und tiefsten politischen Probleme an der Hand von Sachverständigen-Gutachten zu entscheiden. Wohin sollen wir kommen, wenn in einem politischen Beileidungsprozeß nunmehr vor irgend einem Amtsgericht sämtliche Sachverständigen aufmarschieren, die von den Parteien für solche gehalten werden und in großen politischen Maßstab, je nach ihrer politischen Einstellung, das Tribunal zur politischen Ebene machen. Sachverständige in politischen Dingen ist überhaupt eine eigenartige Sache, innerhalb eines Gerichtsverfahrens aber die Meinungäußerung politischer Sachverständiger zur Grundlage eines Rechtspruches zu nehmen, wird den härtesten Bedenken begegnen müssen. Im vorliegenden Münchner Falle kommt hinzu, daß die Bedeutung des dort schwebenden Prozesses in gar keinem Verhältnis steht zu dem vom Richter seit vier Wochen aufgegebenen Apparat. Es will uns scheinen, als ob an der Hand viel schlichterer und einfacherer Mittel der Münchner Richter erkennen könnte, ob sich der für die „Süddeutschen Monatshefte“ Verantwortliche mit seinen Ausführungen gegen die Wahrheit und gegen das berechnete Maß der Kritik vergangen hat. Jedenfalls muß vom Standpunkte der Politik wie der Rechtsprechung aus die schärfste Verwarnung dagegen erteilt werden, daß politische Tatsachen zum Gegenstande der Rechtsprechung gemacht werden.